

WALTHER C. HOFFMANN

## Strukturwandlungen und Wirtschaftswachstum

Die Bedeutung, die früher Notzeiten und Teuerungen für die Menschen gehabt haben, scheint heute der bangen Frage nach dem Fortgang des wirtschaftlichen Wachstums zuzufallen. Um dieses Wachstum mit Sicherheit zu garantieren, haben sich fast alle Regierungen der Welt nach dem zweiten Weltkrieg der Wachstumspolitik verschrieben. Ihr fällt sogar die Rolle zu, soziale Spannungen aus einer Gesellschaft zu verbannen. So heißt es im wirtschaftspolitischen Konzept, das mit dem deutschen »Wirtschaftswunder« aufs engste verbunden ist, der Sozialen Marktwirtschaft, daß die »bewußte Wachstumspolitik« die beste Sozialpolitik sei<sup>1</sup>. Wirtschaftliches Wachstum vollzieht sich nicht, wie wir alle erfahren haben, in der Weise, daß einmal vorhandene Güter in ihrer Zahl vermehrt oder ein gegebener »Warenkorb«, wie die Statistiker es nennen, größer wird. Die Zusammensetzung dieses Warenkorbes ändert sich im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung ebenfalls wesentlich, damit aber auch der Beitrag der einzelnen Wirtschaftszweige zu diesem Warenkorb oder, wie es in der Fachsprache der Ökonomen heißt, zum Sozialprodukt. Diese Veränderungen sind hier mit Strukturwandlungen gemeint.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß am Anfang der wirtschaftlichen Entwicklung lebensnotwendige Güter, wie Nahrung, Kleidung und Wohnung, im Vordergrund des Interesses stehen und bei einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zuerst berücksichtigt werden. Ein gutes Beispiel hierfür sind die verschiedenen »Verbrauchswellen« der Nachkriegszeit. Mit zunehmendem Wohlstand wird der Anteil nicht lebensnotwendiger Güter am Warenkorb immer größer, ja diese Unterteilung versagt sogar, weil der steigende Lebensstandard es immer schwerer macht, Unterscheidungskriterien anzugeben. Es sei nur daran erinnert, daß Radio- und Fernsehgeräte in normaler Ausstattung heute als so selbstverständlich gelten, daß es dem Gerichtsvollzieher untersagt ist, sie bei einem in Zahlungsschwierigkeiten geratenen

<sup>1</sup> Vgl. Art. Soziale Marktwirtschaft (*Alfred Müller-Armack*), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 390 f.

Konsumenten zu pfänden. An der Bedeutung dieser beiden Produkte für unseren Lebensstandard kann man ermessen, in welchem Umfang der erwähnte Warenkorb sich in seiner Zusammensetzung auch dadurch geändert hat, daß gänzlich neue Güter hinzugekommen und andere verschwunden sind. Hier wirkt sich der technische Fortschritt aus, der auch die Produktionsbedingungen vollständig verändert und die rasche wirtschaftliche Entwicklung erst ermöglicht. Das wiederum war nur möglich durch eine bessere Erziehung und Ausbildung der Menschen sowie Ausrüstung der menschlichen Arbeitskraft mit immer mehr und immer besseren Kapitalgütern.

So darf es nicht überraschen, wenn der Anteil der Konsumgüter im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung ständig zurückgeht<sup>2</sup>. Während noch im vorigen Jahrhundert überwiegend Verbrauchsgüter hergestellt worden sind, produziert die moderne Wirtschaft Investitions- und Konsumgüter etwa zu gleichen Teilen. Die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, das letzte Ziel aller wirtschaftlichen Bemühungen, erfordert in immer größerem Umfang »Produktionsumwege«, nämlich die Erzeugung von Kapitalgütern, mit deren Hilfe erst Verbrauchsgüter hergestellt werden.

Diese Veränderungen führen im Bereich der Produktion dazu, daß sich das Gewicht von der Urproduktion (Landwirtschaft, Bergbau) zur verarbeitenden Industrie und schließlich zu den Dienstleistungen verlagert. Man spricht auch vom primären, sekundären und tertiären Sektor der Wirtschaft. Je entwickelter eine Wirtschaft ist, je mehr verschiebt sich die Bedeutung der Sektoren vom primären über den sekundären zum tertiären Sektor<sup>3</sup>. Das auffallendste Merkmal der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung ist die schnell steigende Nachfrage nach Dienstleistungen. Hierunter fallen nicht nur die meisten Leistungen des Handwerks, des Handels, der Banken und Versicherungen sowie Unternehmen, die sich bemühen, das wachsende Bedürfnis nach Bildung, Unterhaltung und Erholung zu befriedigen, sondern auch ein wesentlicher Teil der staatlichen Aktivität. Sie erhält damit auch ein anderes Gewicht.

Dieser kurze Überblick über einige Strukturwandlungen im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung macht deutlich, daß sie eine unvermeid-

---

<sup>2</sup> Vgl. *W. G. Hoffmann*, Stadien und Typen der Industrialisierung. Ein Beitrag zur quantitativen Analyse historischer Wirtschaftsprozesse. In: Probleme der Weltwirtschaft, H. 54, Jena 1931.

<sup>3</sup> Siehe *Jean Fourastié*, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln-Deutz 1954.

liche Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums sind. Eine bewußte Wachstumspolitik verlangt deshalb auch eine Förderung der Strukturwandlungen in der Wirtschaft. Sie haben aber noch eine andere Seite, die bei der faszinierenden Ausstrahlung, die wirtschaftliche Wachstumsraten heute besitzen, leicht in Vergessenheit gerät. Dieser Seite soll deshalb besondere Aufmerksamkeit gelten.

In fast allen ökonomischen Lehrbüchern steht, daß die Bedürfnisse der Menschen unersättlich sind. Nun scheinen aber gerade die im wirtschaftlichen Wachstum zu beobachtenden Strukturwandlungen anzudeuten, daß im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung Bedürfnisse gesättigt werden. Wirtschaftliches Wachstum hinge demnach entscheidend davon ab, daß mit jedem erfüllten Wunsch neue Wünsche geboren werden, nicht nur bei den Produzenten, sondern gerade bei den Konsumenten. Daran mangelt es aber offenbar immer häufiger. In zunehmendem Maße hört man, daß jene Eigenschaften am modernen Unternehmer gerühmt werden, die ihn befähigen, neue Märkte erst zu erschließen, auf denen er seine Produkte verkaufen, Bedürfnisse erst zu wecken, die er dann befriedigen kann. Dieser Aufgabe dient ein nicht unwesentlicher Teil der Wirtschaftswerbung. Regelrechte Reklamefeldzüge werden geführt, um einem Unternehmen oder einem Artikel mehr Absatz zu sichern. Typisch für eine Markterschließung ist mehr und mehr die Gemeinschaftswerbung, sei es, daß daran erinnert wird, daß Milch gesund erhält, Bier den Durst erst schön macht und die täglich wechselnde Krawatte den Mann. Nichts schlimmeres könnte ihm passieren, als zum »Krawattenmuffel« gestempelt zu werden. Auf diese Weise werden »Prestige-Bedürfnisse aufgebaut« und eventuell vorhandene Sättigungsgrenzen bei den Verbrauchern erweitert. Der Politiker, der eine bewußte »Wachstumspolitik« zu betreiben hat, wird diese Sättigungsgrenzen ebenso fürchten wie ein Unternehmer, der mit ständigen Umsatzsteigerungen wie mit einem Naturgesetz rechnet. Der Gesellschaftspolitiker jedoch, der zu wissen glaubt, daß »der Mensch nicht nur vom Brot allein lebt«, müßte diese Sättigungsgrenzen hoffnungsvoll begrüßen. Es soll einmal untersucht werden, welche Wahrscheinlichkeit gegenwärtig besteht, diese Hoffnungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Folgt man dieser gesellschaftspolitischen Perspektive bei den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussionen und Ermahnungen, so könnte zunächst der Eindruck entstehen, Deutschland sei ein unterentwickeltes Land. Von den aus den Strukturwandlungen abgeleiteten Sättigungsgrenzen ist keine Spur zu finden. Im Gegenteil, die Nach-

frage läuft den Produktionsmöglichkeiten ständig davon. Die Preise steigen. Von höchster Stelle werden die Konsumenten ermahnt, Maß zu halten, ja die Arbeitnehmer werden sogar aufgefordert, täglich eine Stunde mehr zu arbeiten, damit Angebot und Nachfrage von Gütern wieder ins Gleichgewicht kommen; denn niemand könne ungestraft über seine Verhältnisse leben, mehr verbrauchen wollen als er produziert. So ist denn die Inflation die verdiente Strafe. Die Arbeitnehmer versuchen sich ihr durch höhere Löhne zu entziehen; die Unternehmer sehen keine Möglichkeit, diesen Forderungen auszuweichen. Solange die starke Nachfrage anhält, ist das auch nicht so wichtig, denn die gestiegenen Lohnkosten lassen sich über einen höheren Preis wieder wettmachen. Zudem ist so mancher überzeugt, daß »ein bißchen Inflation« das Öl für das wirtschaftliche Wachstum sei. In seinem Schatten fühlen sich nur die, die der Strukturwandel aus dem Markt verdrängt. Sie rufen nach dem Staat, der mit »strukturpolitischen« Maßnahmen in die Bresche springt. Damit obliegt ihm nicht nur die Wachstumspolitik, sondern auch in Gestalt der Strukturpolitik die Milderung der Folgen seiner Wachstumspolitik. Die Inflation bekommt neue Nahrung, denn die Strukturpolitik erfordert zusätzliche staatliche Ausgaben.

Das aber findet der Bürger verhängnisvoll. Wirtschaft und Konsumenten scheinen sich einig zu sein, daß gerade die hohen Staatsausgaben hauptschuldig an den ständigen Preissteigerungen sind. Was liegt also näher, als gerade durch Senkung der Staatsausgaben mit der Bekämpfung der Preissteigerungen ernst zu machen, um so mehr, da auf diese Weise gleichzeitig dem gesellschaftspolitischen Ziel, den Einfluß des Staates einzudämmen, gedient wird. Erst kürzlich hat die Regierung, unterstützt vom wirtschaftspolitischen Sachverständigenrat, wieder ihren Willen zum Ausdruck gebracht, die Zunahme der Staatsausgaben konsequent auf die durchschnittliche Zunahme des gesamten Sozialprodukts zu beschränken. Die ersten Folgen dieser Sparsamkeit machen sich bereits bemerkbar: Öffentliche Bauvorhaben werden gestoppt, Mittel für Wissenschaft und Forschung gekürzt. Das Schlagwort vom »Bildungsnotstand« erhält neue Nahrung. Öffentliche Verwaltungen appellieren an ihre Mitarbeiter, persönliche Opfer zu bringen, um den angeordneten Sparmaßnahmen zum Erfolg zu verhelfen<sup>4</sup>. Dieser Kuriosität einer von materiellen Sorgen weitgehend befreiten Gesellschaft soll etwas weiter nachgegangen werden.

---

<sup>4</sup> Eine Verwaltung löste das Problem z. B. dadurch, daß u. a. Ausgaben für hy-

Der einleitende Blick auf die Strukturwandlungen im wirtschaftlichen Wachstum hatte schon gezeigt, daß die rasche Zunahme des tertiären Sektors, zu dem in nicht unwesentlichem Umfang auch die Leistungen gehören, die der Staat erbringt, für ein entwickeltes Land charakteristisch ist. Deshalb kann es doch kaum eine sinnvolle Politik sein, die Erhöhung der Staatsausgaben auf die durchschnittliche Zunahme des gesamten Sozialprodukts zu beschränken, es sei denn, es zeigten sich ernst zu nehmende Möglichkeiten, den ohnehin langfristig festgelegten Ausgabensockel im Staatshaushalt zu reduzieren. Die Hoffnungen scheinen sich hier auf die Subventionen des Staates zu konzentrieren, müssen aber wohl Hoffnungen bleiben, nachdem neben Landwirtschaft und Bergbau nun auch noch die Stahlindustrie zur öffentlichen Kasse drängt.

Angesichts dieser Situation scheinen sogar der Wirtschaft ernste Zweifel in die Weisheit des Marktes zu kommen. Schon vor Jahren, als die Absatzkrise des vom Öl bedrängten Steinkohlenbergbaus zum erstenmal beängstigende Formen annahm, sparten führende Vertreter des notleidenden Wirtschaftszweiges nicht mit Vorwürfen an die Bundesregierung, ihr fehle ein energiepolitisches Konzept. Es wurde sogar nach einem staatlichen »Energieplan« gerufen, als Grundlage für die sehr langfristigen Dispositionen des Bergbaus. Ähnliche Stimmen scheinen sich nun auch aus anderen Bereichen der Wirtschaft zu erheben. Von der letzten Jahresversammlung eines bedeutenden Dachverbandes der Wirtschaft berichtete die Presse von der Forderung nach einer staatlichen Rahmenplanung, damit die Wirtschaft die notwendige Grundlage für ihre langfristigen Entscheidungen erhalte. Weniger maßvoll sind die Klagen der Landwirtschaft, die sich zusammen mit Kohle und Stahl als Hauptleidtragender der Strukturwandlungen sieht. Sie verlangt in sehr scharfer Form, Schluß zu machen mit dem »Irrweg« der »planlosen Marktwirtschaft« und »drastische Maßnahmen der Wirtschaftssteuerung« zu ergreifen. Dies überrascht um so mehr, da ja gerade die Landwirtschaft bisher schon der wesentlichste Nutznießer recht drastischer Maßnahmen der Wirtschaftssteuerung war.

---

gienische Einrichtungen drastisch gekürzt und den Mitarbeitern angekündigt wurde, es sei – unabhängig von der Witterungslage – nicht möglich, vor dem offiziellen Beginn der Heizperiode zu heizen. Aber auch danach könnten die Diensträume nur bis auf eine Temperatur von 18° C erwärmt werden. Es wurde nochmals darauf hingewiesen, daß die Benutzung von elektrischen Heizgeräten verboten sei und warme Kleidung vor Kälte schütze.

Die erwähnten Stimmen erwecken immer mehr Zweifel, ob die Soziale Marktwirtschaft in der bisherigen Form in der Lage ist, das Problem des wirtschaftlichen Wachstums und der Strukturwandlungen bei stabilem Preisniveau zu lösen. Die bisherige Wachstumspolitik sah – auf eine einfache Formel gebracht – ihre Aufgabe darin, die »Wachstumshormone« zu kräftigen. Alles andere sollte dem Markt überlassen bleiben. Wirtschaftszweigen, die dem Wachstumstempo nicht gewachsen oder gar zum Ausscheiden verurteilt sind, bietet das Netz der staatlichen Strukturpolitik Schutz. Dieser wirtschaftspolitische Leitfaden reicht jedoch nicht aus.

Die zum tertiären Sektor gehörenden staatlichen Leistungen werden nicht über den Markt gesteuert, sondern sind von ihm weitgehend unabhängige politische Entscheidungen. Es ist im Gegenteil ebenfalls eine der Kuriositäten eines entwickelten Landes, daß erhöhte Anstrengungen für Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Wissenschaft und Forschung mit dem Hinweis auf die Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft begründet werden müssen<sup>5</sup> oder gar mit den ungeheuren Leistungen der Sowjetunion auf diesem Gebiet. Der Gesellschaftspolitiker wird mit Recht fragen, um wieviel denn die Wirtschaft noch wachsen muß, damit er ohne das schlechte Gewissen, die zukünftige materielle Basis der Gesellschaft zu ruinieren, darauf pochen kann, daß Schulen und Universitäten einen selbständigen Wert darstellen. Er sollte eigentlich – im Idealbild unserer Gesellschaftsordnung – den Spielraum für rein wirtschaftliche Zielsetzungen bestimmen und nicht umgekehrt. Die bisher praktizierte »bewußte Wachstumspolitik« kann diesem Zusammenhang kaum Rechnung tragen. Das wird noch zu zeigen sein.

Hinzu kommt, daß – wie gerade erwähnt – die mit dem wirtschaftlichen Wachstum verbundenen Strukturwandlungen Zweifel an die Weisheit des Marktes auch im ökonomischen Bereich haben aufkommen lassen. Dieser Zweifel ließe sich noch weiter nähren durch einen Hinweis auf die bisherigen Investitionen im Verkehrssektor. Sie orientieren sich wesentlich an der Entwicklung auf dem Kraftfahrzeugmarkt. Entsprechend wurde versucht, den Ausbau der Straßen zu forcieren. Verkehrsexperten halten diesen Wettlauf schon heute für aussichtslos. Die verstopften Autobahnen und das Verkehrschaos in den Städten lassen auch dem Laien diese Meinung als plausibel erscheinen. Große Städte

---

<sup>5</sup> Deshalb kommt auch die jüngst geforderte »Rationalisierung der Wissenschaft« leicht in Gefahr, in dieser Richtung verstanden zu werden.

in Amerika bestehen – wie amerikanische Experten auf einer internationalen Verkehrskonferenz berichteten – bereits zu einem Drittel aus Straßen. Damit sei aber die Grenze für den Straßenbau erreicht, über die hinaus die Existenz der Städte gefährdet sei. Deshalb gelte es jetzt, den öffentlichen Massenverkehrsmitteln wieder größere Beachtung zu schenken. Es scheint so, als ob dieser Sektor auch in Deutschland viel zu viel Zeit damit verloren hat, seinen »Marktpreis« neben dem individuellen Personen- und Güterverkehr zu suchen. Wenig ist darüber bekannt, daß angesichts der Entwicklung auf den Straßen überlegt worden sei, die vorhandenen öffentlichen Verkehrsmittel zur Steuerung der Verkehrsentwicklung zu benutzen. Auch hier gilt das strukturpolitische Schlagwort vom »Gesundshrumpfen«. Den Maßstab für das, was »gesund« ist, liefert auch hier der anonyme Markt, dessen Vertrauenswürdigkeit, wie gezeigt, in anderen Bereichen der Wirtschaft gerade in Fragen des Strukturwandels sehr gelitten hat und der staatlichen Strukturpolitik als Wegweiser bedarf. Ob sie das immer ist oder nach den bisherigen Maßstäben überhaupt sein kann, ist noch zu prüfen. Neben den zweifelhaften Vorteilen, die die Orientierung am Markt für die staatliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hat, gibt es ebenso zweifelhafte Vorteile, die die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik für den Markt als Steuerungsorgan der Wirtschaft besitzt.

Da ist zunächst die Wachstumspolitik, die lediglich die »Hormone des Wachstums« stärken möchte. Nun hat jede bewußte Steuerung über »Hormone« ihre Tücken. Die richtige Dosierung ist nicht nur schwierig, sondern auch abhängig von den langfristigen Vorstellungen über die gewünschte Wachstumsrate. Jeder Autofahrer weiß, daß er nicht am schnellsten sein Ziel erreicht, wenn er das Gaspedal möglichst weit durchtritt. Kann die Wachstumspolitik darüber hinaus sich damit begnügen, nur die »Wachstumshormone« zu fördern, ohne eine Vorstellung über die Richtung des Wachstums zu entwickeln? Eine Antwort auf diese Frage ist schon mit dem Hinweis auf jene Leistungen gegeben worden, die nicht durch den Markt, sondern durch unabhängige politische Entscheidungen gesteuert werden. Eine zweite Antwort gibt der Sättigungsgrad des Marktes. Die Strukturwandlungen im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung haben in den vorhergehenden Ausführungen dazu gedient, dafür einen Maßstab zu finden: Eine bewußte Wachstumspolitik wird in dem Umfang sinnloser, in dem die Stärkung der Wachstumshormone nicht hilft, vorhandene Bedürfnisse der Konsumenten rasch zu befriedigen, sondern neue Bedürfnisse erst

geschaffen werden müssen, um die zusätzliche Produktion abzusetzen. Eine so geschaffene künstliche Wachstumsatmosphäre begünstigt Preissteigerungen auf dreierlei Weise:

1. Je gesättigter der Markt ist, je mehr Staatsausgaben erfordert die bewußte Wachstumspolitik, um erfolgreich zu sein.
2. Je gesättigter der Markt, je kostspieliger sind die Bemühungen der Wirtschaft, neue Bedürfnisse zu wecken.
3. Für den Staat wird es ebenfalls immer kostspieliger, die von ihm erwarteten steigenden Leistungen, die nicht über den Markt gesteuert werden, auf dem Markt durchzusetzen. Das gilt auch für die Strukturpolitik.

Diese Deduktion macht zweierlei deutlich:

1. Bewußte staatliche Wachstums- und Strukturpolitik erfordert konkrete langfristige Ziel- und Mittelvorstellungen, in der Fachsprache der Ökonomen als *wirtschaftliche Planung* bezeichnet und für jedes gut geführte Unternehmen in der Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit. Gerade diese Unternehmen scheinen aber nun – wie die Forderungen nach der staatlichen Rahmenplanung zeigen – ihre eigenen Methoden zur Meisterung der wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft auch der staatlichen Wirtschaftspolitik nahezu legen. Ein Unternehmen, das heute für 10–15 Jahre in die Zukunft plant, kann als zusätzliches Risiko nicht noch die jährliche unklare Wachstums- und Strukturpolitik sowie Haushaltspolitik des Staates in Kauf nehmen.
2. Die in entwickelten Marktwirtschaften zu beobachtenden inflationären Tendenzen haben eine nicht unwesentliche, aber bisher offenbar vernachlässigte Wurzel in der mangelnden Koordinierung der staatlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Dieser Mißstand ist letztlich auf – zumindest im ökonomischen Bereich – überholte Vorstellungen im gesellschaftlichen Bewußtsein über den Staat und die frei und unabhängig entscheidende Persönlichkeit des Individuums zurückzuführen. Diese Tatsache hat bisher verhindert, daß der Staat als notwendiger *Partner* im wirtschaftlichen Bereich anerkannt worden ist. Die staatliche Wirtschaftspolitik befindet sich zu sehr in der Rolle einer Feuerwehr, die in Aktion treten muß, wenn es irgendwo brennt, aber wenig Einfluß darauf nimmt, langfristige Vorkehrungen zu treffen, um Brände zu verhindern.

Das Staatsbewußtsein vieler Bürger scheint – zumindest, wenn es um wirtschaftliche Fragen geht – den Wandel vom autoritären zum demokratischen Staat nicht mitgemacht zu haben. Er ist ein Instrument



autoritärer Herrschaft geblieben, dessen Hauptziel es ist, den Freiheitsbereich des Individuums einzuengen und es zu bevormunden. Entsprechend erscheinen die Funktionäre des Staates als Vollstrecker jener imaginären autoritären Herrschaft, der man nur widerwillig seinen Tribut in Form der Steuern entrichtet. Deshalb ist es ganz richtig, wenn die öffentliche Verwaltung vor allem zum Sparen gezwungen wird, da sie ja von Steuergeldern lebt, die sie nicht selbst verdient hat. Nur selten wird die Frage gestellt, von wessen Geldern die »nicht öffentliche« Verwaltung in teilweise recht üppigen Verwaltungsbauten lebt. Sie ist noch nie zur Sparsamkeit ermahnt worden. Jeder tröstet sich damit, daß das ja der Wettbewerb und der Markt besorgen. Weniger bewußt jedoch ist, daß die Existenz eines Unternehmens und eines Wirtschaftszweiges heute auch entscheidend von der staatlichen Konjunktur-, Wachstums- und Strukturpolitik abhängt und der Staat es deshalb verdient hätte, als Partner ernst genommen zu werden. Die Wirtschaft hat sich daran gewöhnen müssen, daß Arbeitnehmer ihre Interessen nicht den Zufällen des Marktes überließe, sondern in die Hände von Arbeitnehmerorganisationen legten, die von den Unternehmern als Partner anerkannt wurden. Als dritter Partner für die Wirtschaft scheint nun der Staat vor der Tür zu stehen, als Vertreter der in ihm organisierten Interessen des gesellschaftlichen Gesamtwohls. Damit wäre dann allerdings die Zeit des wirtschaftlichen Liberalismus auch formell zu Ende, in der man von einem ökonomischen Kosmos träumte, der eigenen Gesetzen gehorchend, ohne Staat am besten alle Interessen der Individuen koordinieren sollte. Pessimisten seien jedoch davor gewarnt, nun auch das Ende der Sozialen Marktwirtschaft vorzusagen. Die Leistungsfähigkeit dieses wirtschaftspolitischen Konzepts scheint gerade darin zu bestehen, daß es den modernen demokratischen Staat als Partner in die Marktwirtschaft einbezieht<sup>6</sup> und ihn damit aus der historisch bedingten Opposition zum (die Wirtschaft tragenden) Bürgertum befreite.

---

<sup>6</sup> Um das aus berufenem Munde bestätigen zu lassen, sei *Ludwig Erhard* (Wohlstand für alle. Bearbeitet von *Wolfram Langer*. Düsseldorf 1957, S. 251.) zitiert: »Ich bin nicht willens, die orthodoxen Spielregeln einer Marktwirtschaft, nach denen nur Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, und der Wirtschaftspolitiker sich darum jeder Einwirkung auf die Preise zu enthalten habe, vorbehaltlos und in jeder Phase der Entwicklung zu akzeptieren. Hier bin ich sogar grundsätzlich anderer Meinung; ein *moderner und verantwortungsbewußter Staat kann es sich einfach nicht leisten, noch einmal in die Rolle des Nachwächters zurückversetzt zu werden*«.

Die Besinnung auf diese neue Rolle des Staates dürfte es leichter machen, dem Individuum in einer modernen Wirtschaft eine Last zu erleichtern, die ihm das übliche Ideal von der unabhängigen, frei entscheidenden *Persönlichkeit* aufbürdet. Diese geplagte »*Konsumentenpersönlichkeit*« muß im reizüberfluteten Alltag und in dem von Fernsehreklame erhellten Wohnzimmer nicht nur unter den offerierten materiellen Gütern eine optimale Auswahl treffen, sondern auch noch zwischen materiellen und immateriellen Gütern abwägen. Welch ein Wunder, wenn sie zu kurz kommen, denn wer wirbt für sie im gleichen Maße. Andererseits zeigt schon ein flüchtiger Blick auf die Wirtschaftsreklame, daß sie sich gar nicht an unabhängige, frei entscheidende Persönlichkeiten wendet bzw. mit einem sehr niedrigen Bildungsstand dieser »*Konsumentenpersönlichkeiten*« rechnet, deren Regungen und Wünsche zudem – ganz im *Freud'schen* Sinne – sich nur in einer Dimension des menschlichen Lebens zu entwickeln scheinen. Offenbar muß diese Reklame Erfolg haben, sonst würde kein Unternehmen Geld dafür hinauswerfen. Dieser Erfolg scheint sich auf einem recht naiven Vertrauensverhältnis der Konsumenten zu ihrem Staat zu gründen; denn wie häufig werden Einwendungen gegen die erwartete Güte und Nützlichkeit eines gekauften Gutes mit dem entwaffnenden Argument entkräftet: »Das kann nicht sein; sie haben es im Fernsehen gesagt!«, bzw. »ich habe es in der Zeitung gelesen!«

Dieses naive Vertrauen hat der Staat bisher wenig honoriert; denn Wirtschaftswerbung gilt als persönliche Freiheitsphäre. Andererseits muß auch den staatlichen Stellen die leichte Manipulierbarkeit des Individuums wohl vertraut sein. Im politischen Bereich ist nämlich gegen solche Manipulationen ein konsequenter Schutz aufgebaut worden. So mancher Student z. B. hat sich schon gewundert, warum er von einem Besuch in Ost-Berlin nicht auch das »Neue Deutschland« in die Bundesrepublik mitnehmen darf. Deshalb müßte es eigentlich erstaunen, in welchem Maße die Manipulierbarkeit des Individuums im wirtschaftlichen Bereich ignoriert zu werden scheint.

Das zu ändern wäre aber vielleicht ein erster Ansatzpunkt, die gewonnene materielle Sorglosigkeit und Freizeit mehr immateriellen Gütern zuzuwenden und damit Hoffnungen des Gesellschaftspolitikers zu erfüllen. Gleichzeitig könnte aber auf diese Weise auch ein überhitzter Konsumgütermarkt gerade von solcher Nachfrage entlastet werden, die erst mit hohen Markterschließungskosten geweckt werden muß. Das braucht noch keine Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums zu sein, würde aber dazu beitragen, Leistungen des Staates

am Markt mit weniger inflationären Auswirkungen durchzusetzen. Schließlich ist es nach den bisherigen Überlegungen aber auch gar nicht so abwegig, die Frage zu prüfen, ob bewußte Wachstumspolitik noch genau so sinnvoll ist wie in den Anfängen der Sozialen Marktwirtschaft, um sicher zu sein, daß das wirtschaftliche Wachstum kein Fetisch wird, der einem aufgeblähten Wirtschaftsapparat nur weiterhin steigende Umsätze sichern und den arbeitenden Menschen den verdienten Zuwachs an Freizeit, Freiheit *von* der Wirtschaft vorenthalten könnte<sup>7</sup>. Die Begründung weiteren wirtschaftlichen Wachstums im eigenen Lande mit dem Hinweis auf die darbenenden Entwicklungsländer ist so lange wenig überzeugend, wie die einheimische Bevölkerung sich nicht zu einem wirklichen Verzicht auf diesen Produktionszuwachs bereit findet und die zusätzliche Produktion auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer ausrichtet. Sie brauchen keine chromblitzenden Automobile, sondern vielmehr einfache Geräte und Maschinen und Menschen, die selbstlos entsprechende Anleitungen geben. Das hieße, wir müßten Kräfte in solche Länder schicken und nicht ihre Arbeitskräfte als Gastarbeiter bei uns beschäftigen.

Einer Revision bedarf die Soziale Marktwirtschaft jedoch, um auch für eine Zeit gewappnet zu sein, in der das wirtschaftliche Wachstum zurückgeht oder gar stagniert: Da nicht davon ausgegangen werden kann, daß die bisherige wirtschaftliche Entwicklung alle sozialen Spannungen beseitigt hat, ist die Interpretation der Sozialpolitik als Wachstumspolitik nicht mehr haltbar. Wenn das Wachstum nachläßt, könnten die Organisationen der Arbeitnehmer sich wieder auf alte Parolen besinnen und das alte Gefühl erstarken lassen, daß die Arbeitnehmer bei der Verteilung des zugewachsenen Wohlstandes doch zu kurz gekommen, von den Besitzern der Produktionsmittel doch »ausgebeutet« worden seien, und es nur nicht gemerkt hätten, ähnlich wie ein Diener sich reicher fühlt, wenn seine »Herrschaft« wohlhabender geworden ist.

---

<sup>7</sup> Auch dazu sei Zweifeln mit einem Zitat von *Ludwig Erhard* aus den Anfängen der Sozialen Marktwirtschaft über ihre Zweifel hinweggeholfen (Wohlstand für alle, a. a. O., S. 243 f.): »Ich glaube nicht, daß es sich bei der wirtschaftspolitischen Zielsetzung . . . um ewige Gesetze handelt. Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, daß zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen »Fortschritt« mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen. Hier ist dann aber nicht nur der Wirtschaftsminister, sondern in gleicher Weise der Theologe, der Soziologe und der Politiker angesprochen.«